

Drastische Gaspreiserhöhungen

Im Oktober steigt der Gaspreis bei den Stadtwerken Hannover um 22,2 Prozent. Auch im Umland werden die Preise teilweise drastisch erhöht. DIE LINKE kritisiert die Politiker in den Aufsichtsräten und fordert Sozialtarife.

Seiten 4 & 5

Altlasten bedrohen Gesundheit

An vielen Stellen Hannovers werden industrielle Altlasten entdeckt, von denen gesundheitliche Gefahren für die Bürgerinnen und Bürger ausgehen. Dazu will die Region auch noch Asbestmüll aus Wunstorf-Luthe nach Lahe verfrachten. DIE LINKE ist gegen die Verlagerung und fordert, die Verursacher für die Kosten der Sanierung heranzuziehen.

Seiten 3 & 7

Sozialpass gegen Ausgrenzung

Weit mehr als 100.000 Menschen in der Region Hannover können nicht mehr am kulturellen und sozialen Leben teilnehmen, weil ihnen das Geld dafür fehlt. DIE LINKE fordert deshalb einen Sozialpass für Arbeitslose und Geringverdiener.

Seiten 8

Roter Faden

ZEITUNG DER FRAKTIONEN DIE LINKE IM RAT DER LANDESHAUPTSTADT
UND IN DER REGIONSVERSAMMLUNG HANNOVER

DIE LINKE.

Fraaktionen in der Region Hannover

Liebe Leserin, lieber Leser,



diese Ausgabe des Roten Fadens beschäftigt sich vorwiegend mit Sozialpolitik und den Altlasten in Hannover. Das

erscheint dringend nötig, um der etablierten Politik ein bisschen Dampf zu machen. Eine kleine Auswahl der Zumutungen: Hartz-IV-EmpfängerInnen sollen lieber Rad statt Bahn fahren, so der zynische Vorschlag von Regionspräsident Hauke Jagau (SPD). Oder sie sollen für eine Zookarte aufs Rauchen verzichten, ein weiterer toller Tipp von Serdar Saris, Fraktionsvorsitzender der Regions-Grünen. Das Sozialticket sei halt zu teuer – was stören da Wahlversprechen und rot-grüne Koalitionsverträge? Die Verabschiedung des Regionshaushaltes wird verschoben, soziale und kulturelle Initiativen müssen deshalb um ihre Mittel bangen. Sozialtarife für Gas, das ist nicht unsere Aufgabe, beschwichtigt Walter Meinhold (SPD), Aufsichtsratsboss der Stadtwerke. Das ist Sozialdarwinismus der Marke Rot-Grün Hannover. Frei nach dem fälschlich auf die Gesellschaft übertragenen Motto des Naturforschers Charles Darwin, „nur der Starke setzt sich durch“. Auf der anderen Seite stehen Millionen zur Verfügung, um in Wunstorf-Luthe eine gesicherte Altlast wieder aufzuwirbeln, weil dort ein Parkplatz für eine Spedition gebaut werden soll. Das Millionengrab hannoverimpuls wirtschaftet ohne politische Kontrolle, der Großkonzern Honeywell soll als Rechtsnachfolger von Riedel de Haën von der Haftung für Altlasten befreit werden. Die privaten WohnungseigentümerInnen, denen man die belasteten Flächen angedreht hat, werden dagegen zur Kasse gebeten. DIE LINKE wird die kleinen Müntes und Steinmeiers in Region und Stadt vor sich her treiben und für eine soziale und ökologische Region kämpfen. Den Region Hannover Pass werden wir notfalls per Bürgerentscheid durchsetzen. Sozialdarwinisten zieht Euch warm an!

Dr. Michael Braedt,
Regionsabgeordneter

INITIATIVEN UND VEREINE IN NOT

Viele soziale Initiativen und Vereine können nicht mehr zuverlässig planen, weil sie nicht wissen, ob und wie viel Geld sie von der Region Hannover im nächsten Jahr erhalten.

■ Der Grund: Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) hat die Beratungen zum Haushalt 2009 verschoben. DIE LINKE in der Regionsversammlung hat deshalb eine Aktuelle Stunde beantragt. „Wir wollen damit nicht nur die bisherigen Geldzahlungen an die Vereine

sicherstellen, wir fordern auch, dass mehr Geld fließt“, sagt Jörn-Jan Leidecker, Fraktionsvize der LINKEN. „Auch Vereine und Verbände haben höhere Strom- und Gaskosten, müssen mehr fürs Personal zahlen und sind von allgemein steigenden Preisen betroffen.“ Davon will die Regionsverwaltung aber nichts wissen, um Geld zu sparen. Um parlamentarischen Druck aufzubauen, wird DIE LINKE alle Initiativen und Vereine am 12. November zu einer Anhörung ins Regionshaus einladen.

NAZIS WOLLEN AM 1. MAI MARSCHIEREN

Die norddeutsche Naziszene will am 1. Mai, dem Feiertag der Arbeiterbewegung, mit rund 1.000 „Kameraden“ durch Hannover marschieren.

■ Die Route soll auch am Klagesmarkt vorbeiführen, wo der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Kundgebung abhält. „Eine unglaubliche Provokation“, kommentiert Sebastian Wertmüller, Vorsitzender des DGB Niedersachsen-Mitte und erinnert daran, dass die Nazis vor 75 Jahren, am 2. Mai 1933, die Gewerkschaftshäuser besetzt hatten. Funktionäre und Mitarbeiter wurden terrorisiert und misshandelt, die Gewerkschaften verboten. Dieser Aufmarsch betrifft aber nicht nur die Gewerkschaften, sondern die gesamte Stadt. „Das Demonstrationsziel Linden mit seinem hohen Migrantenanteil ist eine Kampfansage an ein friedliches Zusammenleben“, betont Wertmüller. DIE LINKE fordert deshalb, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Aufmarsch zu verbieten. Sie hat dem DGB außerdem Unterstützung beim Aufbau eines breiten Bündnisses gegen Rechts zugesagt. Hannover als Mitglied der Internationalen Städtekoalition gegen Rassismus darf kein Tummelplatz für rassistische Verbrecher werden – und die schlagen schnell mal zu: Bei einem Aufmarsch am 1. Mai dieses Jahres in Hamburg sind Nazis auf Gegendemonstranten und Journalisten losgegangen.



Sie werden hier am ersten Mai nicht marschieren!

Impressum

Herausgeberinnen:

Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Leinstr. 16, 30159 Hannover
Tel.: 0511 168 463-48, Fax: /-76
www.linksfraktion-hannover.de
Email: heidrun.tannenberghannover-rat.de

Fraktion DIE LINKE in der Regionsversammlung Hannover

Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover
Tel.: 0511 616 211-62, Fax: /-63
Email: kontakt@die-linke-regionsfraktion.de

Redaktion:

Oliver Förste, Michael Fleischmann
V.i.S.d.P.: Michael Höntsch
Satz: Markus Hintze

REGION WILL ASBESTSCHERBEN AUF LAHER DEPONIE LAGERN Transport kann Bevölkerung gefährden

Neben Asbest-Zementschlamm will die Region Hannover jetzt auch mehr als 5.000 Quadratmeter Asbestscherben auf der Deponie in Lahe lagern. Das entspricht einer Fläche von rund 71 Metern mal 71 Metern.

■ Die Scherben stammen wie der Asbest-Zementschlamm von den ehemaligen Fulgurit-Werken und lagern derzeit auf dem Werksgelände in Wunstorf-Luthe. Das Unternehmen stellte bis 1973 Zementplatten aus Asbest her und deponierte die Rückstände aus der Produktion ohne Genehmigung. „Trockene Asbestscherben können sehr viel schneller Asbest beim Transport freisetzen als der bisher feucht gehaltene Asbest-Zementschlamm“, betont Dr. Michael Braedt, umweltpolitischer Sprecher der Linkfraktion in der Regionsversammlung. „Der Transport der Scherben kann die Bevölkerung gefährden, ist aufwendig und teuer.“ Nach den Plänen der Region sollen Arbeiter die Scherben in geschlossene Kunststoffsäcke, sogenann-



Nach Plänen der Region sollen Laster die gefährlichen Asbestscherben zur Lahe Deponie fahren und dort abladen – auf Kosten des Steuerzahlers.

te Big Packs, füllen und diese in Abrollcontainern mit Lastwagen nach Lahe fahren.

Klammheimlicher Versuch

Die Verwaltung versuchte, den gefährlichen Transport klammheimlich durchzuziehen. Erst ein Hinweis der Bürgerinitiative in Isernhagen brachte die Pläne der Region ans Tageslicht. DIE LINKE stellte daraufhin eine Anfrage im Ausschuss für Abfallwirtschaft und forderte Aufklärung, vor allem auch über das Sicherheitskonzept beim Trans-

port. Kleinlaut musste die Verwaltung daraufhin zugeben, dass sie es „versäumt habe“ die politischen Gremien zu informieren – ein weiterer Skandal.

Wohin mit den Scherben?

Wegen der Risiken beim Transport und der hohen Kosten kommt für DIE LINKE nur eine Lösung infrage: „Am besten wäre es, den Asbest-Zementschlamm und die Asbestscherben sicher vor Ort auf dem Werksgelände zu lagern“, so Michael Braedt. „Die Kosten dafür müssen die Eigentümer der ehemaligen Fulgurit-Werke tragen.“ Das sind die Konzerne Fulgurit und Eternit. Letzterer hat vergangenes Jahr eine Dividende von 14 Prozent an die Aktionäre ausgeschüttet. Trotzdem will die Regionsverwaltung den gefährlichen Transport nach Lahe mit Steuergeldern bezahlen, Kosten: rund 800.000 Euro. Inzwischen haben sich alle im Rat der Stadt Hannover vertretenen Fraktionen gegen die Verlagerung der Asbestdeponie ausgesprochen. Die Entscheidung liegt jedoch bei der Region.

SOZIALTICKET FÜR BUSSE UND BAHNEN VOR DEM AUS Bricht Rot-Grün ein Wahlversprechen?

Mehr als 100.000 Menschen sind in der Region Hannover weitgehend vom Grundrecht auf Mobilität abgeschnitten. Das ist das Ergebnis einer Studie zur Nutzung von Bussen und Bahnen durch Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.

Immerhin 32.000 von 146.000 Betroffenen kaufen sich laut der von der Region in Auftrag gegebenen Umfrage eine Monats- oder Jahreskarte. Das Geld dafür müssen sie sich allerdings vom Munde absparen, denn die Karten kosten je nach Zone und Geltungsdauer zwischen 40 und 82 Euro, und der Hartz-IV-Regelsatz sieht dafür nur 16,05 Euro im Monat vor. Mit insgesamt 40 Millionen Euro erhalten die Verkehrsbetriebe bereits jetzt 21 Prozent ihrer Einnahmen von den Armen. Eigentlich ein sozialpolitischer

Skandal, aber die Regionsverwaltung unter Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) nimmt diese Studie zum Anlass, das Sozialticket abzulehnen, weil es die Verkehrsbetriebe angeblich zu viel kosten würde.

Zweifelhafte Studie

Bei einem Preis von 20 Euro für das Sozialticket würden sich die Mindereinnahmen auf 21 Millionen Euro belaufen, bei einem Ticketpreis von 33,50 Euro auf 9,5 Millionen, haben die Verfasser der Studie ausgerechnet. DIE LINKE bezweifelt jedoch die wissenschaftliche Stichhaltigkeit der Umfrage, weil sie auf einer nicht repräsentativ ausgewählten Stichprobe beruht. Auch im Vergleich zu anderen Städten, wie Köln oder Berlin, erscheinen die Kosten viel zu hoch gegriffen.

Schwarzer Tag für die Betroffenen

„Das ist ein schwarzer Tag für diejenigen, die sich die Fahrkarten nicht leisten können. Das ist auch ein schwarzer Tag für Rot-Grün, weil Sie von der Verwaltung eins von hinten in die Knie bekommen haben“, stellte der linke Abgeordnete Jörn Jan Leidecker bei der Vorstellung der zweifelhaften Studie im Sozialausschuss der Regionsversammlung fest. Die Empfehlung der Verwaltung, das Sozialticket nicht einzuführen, bezeichnete er als „Jagaus persönliche Sparlogik“. SPD und Grüne spielen jetzt erstmal auf Zeit und planen eine Anhörung mit Vertretern anderer Städte, die das Sozialticket bereits eingeführt haben, wie zum Beispiel Dortmund, Köln oder Berlin. DIE LINKE wird weiter Druck machen.

DRASTISCHE GASPREISERHÖHUNG „POLITIKER SIND VÖLLIG SCHMERZFREI“

Ab Oktober müssen die Kunden der Stadtwerke 22,2 Prozent höhere Gaspreise bezahlen. Eine saftige Preiserhöhung, die insbesondere sozial schwache Menschen hart trifft.

■ Entschieden wurde die Preiserhöhung vom Aufsichtsrat der Stadtwerke, in dem auch die Stadt Hannover mit mehreren Ratsmitgliedern vertreten ist. Da die Landeshauptstadt Hauptanteilseigner der Stadtwerke ist, hätte sie diese massive Preiserhöhung verhindern können. Trotzdem haben die Vertreter von SPD und Grünen zugestimmt. „Da

steht doch die Frage im Raum, wie weit sich die Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke bereits von der gesellschaftlichen Realität entfernt haben“, kommentiert Michael Höntsch, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Rat diese Entscheidung. „Die Vertreter der Stadt sollten nicht vergessen, dass sie in diesem Aufsichtsrat sitzen, weil sie von den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt in den Rat gewählt worden sind. Aber da sind sie anscheinend völlig schmerzfrei.“ Für Viele wird es immer schwieriger, die hohen Energiepreise zu bezahlen. Immer mehr Menschen wird der Strom abgestellt.

Sozialtarife abgelehnt

DIE LINKE fordert deshalb gemeinsam mit Sozialverbänden, Betroffenen und dem Deutschen Gewerkschaftsbund die Einführung von Sozialtarifen für Arbeitslose und Geringverdiener. Ein Antrag der LINKEN für Sozialtarife bei Strom und Gas wurde im Rat leider abgelehnt, obwohl die Stadtwerke satte Gewinne einfahren. Wir werden diese Forderung weiterhin mit Nachdruck vertreten.

LADY BITCH RAY ERHITZT DIE GEMÜTER Porno-Rapperin preist in Hannover ihren „Vagina Style“

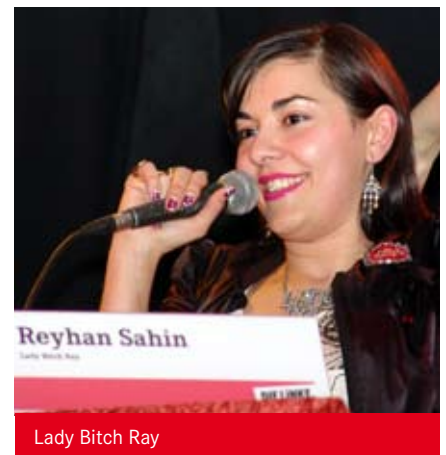
Vor mehr als 300 meist jungen Besucherinnen und Besuchern hat Pornorapperin Lady Bitch Ray über ihren „Vagina Style“ mit anderen Frauen lebhaft diskutiert.

■ Sie kam am 6. Mai auf Einladung der linken Regionalfraktion ins Kulturzentrum Faust nach Hannover-Linden. Mit auf dem Podium saßen Edyta Kopitzki, Sängerin der Hardcore-Mädchenband „Diamonds are Forever“, die freie Kulturjournalistin Doris Achelwilm und Gabriele Rohmann als Moderatorin. Lady Bitch Ray oder Reyhan Sahin, so ihr bürgerlicher Name, provoziert mit Übertreibungen und einer vulgären Sprache. Damit will sie die Frauenbilder in der Popkultur an-



Gibt der Lady Contra: Edyta Kopitzki.

prangern und jungen Frauen Selbstbewusstsein geben – deshalb Achtung: Die folgenden Sätze sind nicht jugendfrei. Lady Bitch Ray spricht auf der Bühne von „hart ficken“, immer wieder von „Fotze“, „Arsch“ und „Titten“, und sie rät den Zuhörerinnen auf ihre Art: „Ihr müsst die Presse aufmachen“. Unter Feminismus versteht sie die „vaginale Selbstbestimmung“ und meint damit „unzensurierte Weiblichkeit unabhängiger Frauen“. Die Frauen sollten sich auch nicht scheuen, ihre Reize einzusetzen, um beruflich erfolgreich zu sein. Contra kommt von Edyta Kopitzki. Sie kritisiert die Strategie Reyhans als zu körperlich und setzt auf mehr Selbstbewusstsein durch Charakterstärke und Taten: „Wir sind hart durch unsere Musik, dafür brauchen wir keine Muskeln.“ Auch manche Besucher bringt die türkischstämmige Lady gehörig in Wallung. „Ich finde das Männerbild in deinen Rap-Songs total scheiße“, sagt ein junger Mann aufgeregt. „Männer sind dort nur kraftstrotzende Kerle, die Frauen stets zu Willen sein müssen.“ Eine Besucherin erregt sich darüber, dass Reyhan Sahin andere Frauen in ihrer



Lady Bitch Ray

Musik herabwürdige: „Du schürst dadurch die Konkurrenz unter Frauen. Feminismus bedeutet für mich aber, Solidarität herzustellen.“ Andere finden die Argumente der Porno-Rapperin, die auch Germanistin und Schauspielerin ist, einfach gestrickt und sexistisch. „Du redest dumpfe Scheiße“, schallt es ihr aus einer Ecke entgegen. Dem entgegen eine Studentin, Reyhan sporne sie an, schön gekleidet und trotzdem selbstbewusst in die Uni zu gehen. Neben Kritikern und Befürwortern kamen auch viele Fans, die sich nach der Veranstaltung Autogramme abholten. Was Frau oder Mann auch immer von der Künstlerin und ihrem Feminismus halten mögen, eins hat sie geschafft: Sie polarisiert und erhitzt die Gemüter.



Volles Haus in der Warenannahme auf dem Faustgelände.

EHEMALIGES CONTI-GELÄNDE WIRD BESSER GESICHERT

Wer nicht fragt bleibt dumm, heißt es schon in einem Lied aus der Sesamstraße:

Der Bezirksratsherr der LINKEN Siegfried Seidel stellte im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt eine Anfrage zur Sicherung des ehemaligen Conti-Geländes in Limmer. Heraus kam, dass die Bundeswehr dort Übungen durchgeführt hat, die der Stadt Hannover lediglich gemeldet werden müssen. Die Bürgerinnen und Bürger aus den angrenzenden Stadtteilen Limmer und

Ahlem müssen jedoch nicht über die Inhalte und Auswirkungen des Manövers unterrichtet werden.



Die fahrlässige Absicherung bietet ungehinderten Zugang zu dem mit tödlichen Gefahren lauernden "Abenteuerspielplatz" Contigelände.

Die Anfrage hatte zur Folge, dass die Verwaltung das ehemalige Contigelände überprüfen ließ. Dabei stellte sich heraus, dass die Sicherung mit Bauzäunen nicht ausreicht, weil Teile davon entfernt oder umgeworfen wurden. Dadurch war ein ungehinderter Zugang, auch für Kinder, zu den Bauruinen möglich. Zur Gefahrenabwehr soll das Gelände jetzt mit einem lückenlosen Zaun gesichert werden.

DIE LINKE KÄMPFT WEITER FÜR STADTTEILZENTRUM SÜDSTADT

Die Linksfraktion im Rat der Stadt und der linke Bezirksratsherr Roland Schmitz-Justen im Bezirksrat Südstadt-Bult sehen sich in ihrer Kritik am geplanten Verkauf der ehemaligen Sehbehindertenschule in der Südstadt an die private Montessorischule Langenhagen bestätigt.

Gemeinsam mit einer Südstädter Initiative treten sie seit langem dafür ein, in

der Sehbehindertenschule ein Stadtteil- und Kulturzentrum einzurichten. Die rot-grüne Mehrheit im Bezirksrat sprach sich dagegen für den Verkauf an die Montessorischule Langenhagen aus. Kurz danach hat sich jedoch herausgestellt, dass die Montessorischule Langenhagen Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I ohne die dafür notwendige Genehmigung der Landesschulbehörde unterrichtet hat. Inzwischen hat die Verwal-

tung den Verkauf der Sehbehindertenschule an die Montessorischule gestoppt. Roland Schmitz-Justen fordert jetzt: „Die Gespräche mit dem Runden Tisch Südstadt über die Räumlichkeiten für das Stadtteilzentrum müssen wieder ergebnisoffen geführt werden!“

ENERGIEPREISE IN BURGDORF SCHIESSEN IN DIE HÖHE

Nicht nur die hannoverschen, auch die Burgdorfer Stadtwerke greifen den Bürgerinnen und Bürgern tief in die Tasche. Obwohl die Ratsvertreter in der Gesellschafterversammlung die Mehrheit haben, nickten sie die Erhöhung des Gaspreises zum 1. September um satte 16 Prozent kritiklos ab.

Einen Antrag des LINKEN, der Erhöhung nicht zuzustimmen, bezeichneten die Ratsfrauen und -herren als „populistisch“. Man wolle die Stadtwerke nicht in den Ruin treiben. Ein falsches Argument, denn die Stadtwerke würden selbstverständlich nicht Pleite gehen, wenn sie diese Preiserhöhung nicht mitmachen. Zum 1. November dieses Jahres sollen die Gaspreise in Burgdorf abermals

um 11,5 Prozent steigen - die zweite Erhöhung innerhalb von nur zwei Monaten.

Pure Abzocke

„Das ist pure Abzocke“, kommentiert Michael Fleischmann, Ratscherr der LINKEN. Seinen Antrag, für Arbeitslose und Geringverdiener einen Sozialtarif einzuführen, schmettert der Burgdorfer Rat ebenfalls ab. Ein durchschnittlicher Haushalt muss zusammen mit dieser zweiten Preiserhöhung pro Jahr rund 420 Euro mehr berappen - sehr viel Geld für Leute, die keines haben. Immer mehr Hartz-IV-Empfänger sit-

zen deshalb im Winter in kalten Wohnungen, und den Strom können sie auch nicht mehr bezahlen. Anfang dieses Jahres erhöhten die Burgdorfer Stadtwerke auch den Strompreis um über 30 Prozent - wie üblich mit tatkräftiger Unterstützung der Ratsherren, die in der Gesellschafterversammlung sitzen.



Die Burgdorfer Haushalte müssen allein fürs Gas im nächsten Jahr durchschnittlich 420 Euro mehr zahlen. Hinzu kommen drastisch gestiegene Stromkosten.

POLITIK FÜR DIE MENSCHEN IM STADTBEZIRK LINDEN-LIMMER

„Ich mache Politik, weil ich Menschen, die etwas verändern wollen, damit unterstützen kann“, begründet Harry Meyer, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bezirksrat Linden-Limmer sein Engagement.

■ „Denn nur wenn man sich einmischt, kann man auch etwas bewegen“, betont der 55-jährige Vater von drei Kindern. Als Beispiel nennt er die Proteste von Bürgerinnen und Bürgern gegen die Zusammenlegung der beiden Bibliotheken in Linden. Meyer ist kein Neuling in der Politik, so war der gebürtige Hamburger bereits Mitglied im Kreistag Nordvorpommern und wissenschaftlicher Mitarbeiter der PDS-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern. Seine Schwerpunkte sieht der bekennende Christ in der Kultur- Sport- und Kirchenpolitik. Mehrfach hat er sich für die Einrichtung einer innenstadtnahen Skater-Anlage eingesetzt. Die alte U-Boothalle auf dem Hanomag-Gelände möchte er zu einem Museums- und Musical-Standort ausbauen, und er wünscht sich einen Kulturführer für Linden-Limmer. „Oberbürgermeister Stephan Weil hat diesen Kulturführer im Wahlkampf versprochen, wir machen da weiter Druck“, verspricht Meyer. Im Bezirksrat opponiert er gemeinsam mit



Harry Meyer

der linken Bezirksrätin Kathrin Rose gegen die rot-grüne Mehrheit. Obwohl die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen im Stadtrat, Christine Kastning und Lothar Schlieckau, selbst in

Linden wohnen, würden die Interessen des Bezirks oft zu kurz kommen. Sie beklagten sich sogar darüber, dass schon jetzt zu viel städtisches Geld nach Linden und Limmer fließen würde. Dennoch verweist Meyer auf erste Erfolge: Gemeinsam mit der SPD hat er einen Antrag für den Museums- und Musical-Standort in der Hanomag-U-Boothalle durchbekommen. Aufgrund der von den LINKEN initiierten Proteste wollen jetzt auch die Grünen zumindest die Kinder- und Jugendbibliothek im Freizeitheim Linden erhalten. Und ein von verschiedenen Migrantenorganisationen gewünschtes „Haus der Kulturen“ wird von den LINKEN im bunten Stadtteil Linden mit auf den parlamentarischen Weg gebracht, genauso wie Meyer gegen parlamentarische Mehrheiten an der Einführung von Niederflurbahnen für Linden und Limmer festhält.

◀ Kein Freizeitheim für Davenstedt

Der Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt reagierte mit Unverständnis auf einen Antrag des linken Bezirksratsherren Siegfried Seidel, die Einrichtung eines Freizeitheimes in den ehemaligen Räumen des Reichsbundes in der Lehmannstraße auch nur zu prüfen. Die SPD argumentierte, der Antrag sei rein populistischer Natur, nicht finanzierbar, und es gäbe genug andere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung im Bezirk. Ähnliche Aussagen kamen auch von der CDU und den Grünen.

◀ Stolperfallen auf Friedhof entfernt

Mehrere Gehwegplatten auf dem Badenstedter Friedhof waren durch das starke Wurzelwerk der Bäume nach oben gedrückt und so zu Stolperfallen geworden. Nach entsprechenden Hinweisen aus dem Stadtteil hakte der Kommunalpolitiker Siegfried Seidel im Bezirksrat nach. Mit Erfolg: Die beschädigten Wege wurden umgehend ausgebessert.

◀ Davenstedter Markt wird sauberer

Nach einer Anfrage von Siegfried Seidel im Bezirksrat wegen Verunreinigungen am Davenstedter Markt wird der Platz jetzt zweimal in der Woche statt nur einmal pro Woche gereinigt. Ein weiterer kleiner Erfolg seiner Politik.

KEINE SCHLISSUNG DER BÜCHEREI IN LINDEN-NORD!

Die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Stadtteilen sind mit der von Rot-Grün beschlossenen Zusammenlegung der beiden Lindener Stadtbibliotheken nicht einverstanden.

■ Mit mehr als 10.000 Unterschriften sowie vielfältigen Protestaktionen haben sie ihren Unmut darüber zum Ausdruck gebracht. Die Linksfraktionen im Bezirksrat Linden-Limmer und im Rat der Stadt Hannover unterstützen diesen Protest und haben als Mitbegründer einer Bürgerinitiative gezeigt, dass die Partei kampagnenfähig ist. Insbesondere für Kinder und mobilitätseingeschränkte Menschen aus Linden-Nord, Limmer und Ahlem würde der Zugang zur Bücherei Am Lindener Markt durch weite

Anfahrtswege erschwert. Mit der Schließung der Bibliothek im Freizeitheim Linden würde der Bildungsarmut Vorschub geleistet, denn gerade Kinder von Arbeitslosen, Geringverdienern und Migranten können sich die zusätzlichen Kosten für Fahrkarten oft nicht leisten. Ein längerer Weg zum Buch und anderen Medien vergrößert außerdem die Zugangsschwelle zur Nutzung dieses Bildungs- und Wissensangebotes, welches auch von Schülern aus den Stadtteilen genutzt wird. Angesichts der für Deutschland schlecht ausgefallenen PISA-Studien zur Bildung von Schülerinnen und Schülern wäre die Schließung der Stadtbibliothek im Freizeitheim Linden das falsche Signal. Auch der soziale Treffpunkt für

ältere Mitbürgerinnen und Mädchen aus Migrantenfamilien würde damit wegfallen. Dringend notwendig wären vielmehr weitere Stadtbibliotheken in Limmer und Linden-Süd, zum Beispiel in Zusammenarbeit mit Schulbibliotheken oder Kulturtreffs.



Stadtbibliothek Linden

RADIOAKTIVER GIFTMÜLL IN HANNOVER-LIST

Die Wellen der Empörung bei den Anwohnern rund um den De-Haën-Platz in der List schlagen hoch. Nachdem dort zunächst radioaktive Belastungen entdeckt worden waren, fand man kurze Zeit später auch noch giftige Schwermetalle, wie Arsen und Quecksilber, im Boden.

■ Belastet sind Gehwege, Hinterhöfe und einige Keller. Eltern machen sich jetzt Sorgen um ihre spielenden Kinder, Obst und Gemüse aus den betroffenen Gärten sollte nicht gegessen werden - und die Sanierung wird richtig teuer. Es fragt sich nur, für wen.

Die Altlasten stammen aus der Produktion der Chemiefabrik Riedel de Haën, die sich Mitte des 19. Jahrhunderts dort ansiedelte und verschiedene Chemikalien produzierte, so auch radioaktive thoriumhaltige Glühfäden für Lampen. 1902 siedelte die Fabrik nach Seelze um, dort existiert sie heute noch. Sie wurde 1999 vom milliardenschweren US-Rüstungskonzern Honeywell aufgekauft, dessen Umsatzprognose für 2008 auf rund 38 Milliarden Dollar geschätzt wird.

Informationen blieben im Giftschränk

Es kann eigentlich niemanden überraschen, dass sich auf dem ehemaligen Werksgelände auch heute noch giftige und strahlende Reste aus der früheren Produktion wiederfinden. Zwar hatte schon Anfang der 90er Jahre ein Gutachten des Niedersächsischen Umwelt-

ministeriums auf die Altlast hingewiesen, doch die damals noch zuständige Landeshauptstadt Hannover stellte das Gutachten ungelesen ins Regal und gab es später an die Region Hannover weiter, die es offensichtlich ebenfalls nur im Buchregal einordnete. „Die gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen der Landeshauptstadt und der Region Hannover sind ein Skandal“, betont Michael Höntsch, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Rat, der selbst in der List wohnt. „Scheibchenweise werden wir von den Behörden mit neuen Hiobsbotschaften über die Altlasten überrascht. Die Region Hannover muss als zuständige Bodenschutzbehörde dafür sorgen, dass schnellstmöglich auf Kosten der Firma Honeywell saniert wird.“

Verursacher zur Sanierung heranziehen

Honeywell ist Rechtsnachfolger des Verursachers, und könnte deshalb zur Verantwortung gezogen werden. Im Einvernehmen mit der Region will die Stadt die Sanierung der öffentlichen Flächen dagegen selbst übernehmen und sie ansonsten den Eigentümern der Wohnhäuser und Grundstücke überlassen. Der linke Regionsabgeordnete und Altlastenexperte Dr. Michael Braedt bringt es auf den Punkt: „Offensichtlich sieht es Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) als vorrangig an, finanzkräftige Konzerne vor ihren Sanierungsverpflichtungen zu schützen und dafür Familien, die ohne Argwohn Privatwohnungen in der List erworben haben,



Verräterische Bohrlöcher wie dieses, zeugen von den Probebohrungen.

die Kosten der Sanierung aufzudrücken. Die Bevölkerung ist durch die Altlasten und die jahrelang ertragene mögliche Gefährdung schon genug betroffen, jetzt darf man sie nicht noch zusätzlich mit den Sanierungskosten belasten.“ Ähnlich sieht das auch die inzwischen gegründete Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Chemiemüll List“. Sie fordert, zunächst alle Untersuchungsergebnisse abzuwarten und dann eine gemeinsame Sanierung aller Flächen. DIE LINKE im Landtag hat die Landesregierung inzwischen aufgefordert, gegen die Region Hannover fachaufsichtlich vorzugehen, weil sie den Honeywell-Konzern unter Verstoß gegen das Bodenschutzgesetz vor seinen Sanierungsverpflichtungen bewahren wolle. Für Altlasten, für die sich kein Verursacher mehr haftbar machen lässt, fordert DIE LINKE außerdem einen Altlastenfonds unter Beteiligung der Industrie.

WECHSEL IM RAT



Oliver Förste

Nach dem Umzug des linken Ratsmanns Jeremy Krstic nach Berlin rückt Oliver Förste in den Rat der Landeshauptstadt nach. Der 47-jährige Politikwissenschaftler und Journalist war eines der Gründungsmitglieder von radio flora und hat dort jahrelang die Nachrichtenredaktion geleitet. „Ich stehe für eine solidarische

Stadt und werde im Rat vor allem auch die Interessen der sozial Schwachen vertreten“, kündigt Oliver Förste an. Weitere Ziele seiner Arbeit sind eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Kommunalpolitik, unter anderem durch die Einführung von Bürgerhaushalten, sowie erweiterte Entscheidungsmöglichkeiten für die Bezirksräte. Seine weiteren Schwerpunkte sind der Sport und die Verkehrspolitik. Als passionierter Rennradfahrer will Förste sich für das Ziel einer fahrradfreundlichen Stadt einsetzen.

◀ Bezirksrat Südstadt-Bult gegen Rechtsradikalismus

Mit einem von SPD, Grünen und LINKEN erarbeiteten Beschluss unterstützt der Stadtbezirksrat Südstadt-Bult die Initiative „Orte der Vielfalt“. Wörtlich heißt es darin: „Der Bezirksrat unterstützt die Initiative der Bundesregierung ‚Orte der Vielfalt‘ als Bekenntnis gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus und begrüßt es ausdrücklich, wenn die anliegende ‚Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie‘ von Oberbürgermeister Stephan Weil unterzeichnet werden würde, um so ein deutliches Zeichen auch dieser unserer kommunalen Ebene im Sinne der bundesweiten Initiative zu setzen.“ Der linke Bezirksrat Roland Schmitz-Justen freut sich, dass seine Initiative dazu von den anderen Parteien unterstützt wurde.

MITTEN DRIN STATT AUSSEN VOR!

Der Region Hannover Pass für Geringverdiener und Arbeitslose

In Göttingen gibt es ihn bereits: Den Sozialpass, mit dem Arbeitslose und Geringverdiener Ermäßigungen oder sogar freien Eintritt in öffentlichen Einrichtungen, wie Schwimmbädern, Theatern und Museen erhalten.

■ Drei Jahre lang hat die Göttinger LINKE gemeinsam mit Initiativen und Betroffenen für die Einführung gekämpft, bis der Sozialpass dort endlich Wirklichkeit wurde. Das berichtet der linke Landtagsabgeordnete und Göttinger Ratscherr Patrick Humke-Focks auf einer Anhörung im hannoverschen Rathaus. „Ohne die Initiativen, Verbände und Betroffenen lässt sich aus der Opposition heraus nicht viel bewegen. Deshalb brauchen wir Euch“, appelliert er an die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Sozialticket und Sozialtarife als Bestandteile

Zwar wurden in Göttingen noch nicht alle Forderungen der LINKEN in den Leistungskatalog des Sozialpasses aufgenommen, aber immerhin erhalten Kinder dort unter anderem Beitragsfreiheit in Sportvereinen. Auch in der Region Hannover will DIE LINKE Menschen mit wenig Geld unter die Arme greifen. Nach unseren Vorstellungen soll das Sozialticket für Busse und Bahnen Bestandteil des Sozialpasses in der Region Hannover sein. Auch einen Sozialtarif für den Bezug von Strom und Gas will DIE LINKE mit dem Sozialpass kombinieren (siehe Kasten).



Setzt sich auch außerhalb von Parlamenten für die Belange der Menschen ein: DIE LINKE. Region Hannover.

Soziale Probleme vor Ort angehen

Der Name „Sozialpass“ sei allerdings nicht angemessen, da er zu diskriminierend klingt, sagt Sebastian Wertmüller, Bezirksvorsitzender des DGB, auf der Anhörung im Rathaus. Deshalb schlägt DIE LINKE den Namen „Region Hannover Pass“ vor. Die entsprechenden Ausweise sollen allen Empfängern von staatlichen Leistungen ohne extra Antrag zugesandt werden.

Wertmüller warnt außerdem: „Die sozialen Probleme, die auf einer anderen Ebene verursacht wurden, kann man nicht auf der kommunalen Ebene auffangen.“ Um die Hartz-Gesetze wieder abzuschaffen, bedarf es allerdings anderer Mehrheiten im Bundestag, und „im Einzelfall macht es auch Sinn, vor Ort die einzelnen Probleme anzugehen“, ergänzt Wertmüller. Gemeinsam mit den Betroffenen wird DIE LINKE in der Region Hannover für die Einführung des Region Hannover Passes kämpfen.

Leistungen des Region Hannover Passes:

- Ein Sozialticket für Busse und Bahnen zu einem Preis, der sich am Regelsatz von Hartz IV für Verkehrsleistungen in Höhe von 16,05 Euro orientiert.
- Sozialtarife bei Strom und Gas.
- Ein ausreichender Betrag zum Erwerb von Schulmaterialien.
- Kostenloses Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen.
- Kostenlose Kindertagesbetreuung.
- Ermäßigter Eintritt in die kommunalen Schwimmbäder.
- Kostenlose Bibliotheks- und Büchereiausweise.
- Ermäßigter Eintritt in den Zoo Hannover und freier Eintritt für alle Kinder aus der Region Hannover.
- Ein festgelegtes Kartenkontingent an ermäßigten Karten für Oper und Theater.
- Ermäßigter Kinobesuch für Kinder.
- Freier Eintritt in Museen.
- Ermäßigte Mitgliedsbeiträge in (Sport-)Vereinen.
- Freier Eintritt in die Gärten und Parks der Stadt Hannover (z.B. Herrenhäuser Gärten).
- Ermäßigung bei Kursen der Volkshochschule und anderen Bildungseinrichtungen.

Den Region Hannover Pass erhalten alle Personen,

- die Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten.
- die Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz erhalten.
- die den Kinderzuschlag nach Bundeskindergeldgesetz beziehen.
- die Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz beziehen.
- die in einem Alten- bzw. Pflegeheim oder in einer Eingliederungseinrichtung wohnen und lediglich einen Barbetrag zur persönlichen Verfügung erhalten.
- die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.
- deren Einkommen unterhalb der von der Europäischen Union festgelegten Armutsgrenze liegt, derzeit sind das monatlich 781 Euro.



Patrick Humke-Focks, MdL DIE LINKE, und Sebastian Wertmüller, DGB, diskutieren über den Region Hannover Pass.